

Vorgetragene Anregungen im Rahmen der ersten Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf des Bebauungsplans vom 16.11.2020

Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Anregung	Stellungnahme Vorschlag Verwaltung und Planer	Entscheidung Gemeinderat am 01.03.2021
Ostalbkreis/ Landkreis Heidenheim, Flurneuordnung und Landentwicklung, Dienstszitz Ellwangen	11.12.2020	Keine laufenden oder geplanten Flurneuordnungsverfahren. Belange sind nicht betroffen. Eine weitere Beteiligung unsererseits am Planverfahren ist nicht erforderlich.	Kenntnisnahme.	
Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr	11.12.2020	Belange werden berührt, jedoch nicht beeinträchtigt. Bei gleichbleibender Sach- und Rechtslage, keine Einwände.	Kenntnisnahme.	
Verwaltungsgemeinschaft Wittislingen	14.12.2020	Keine Bedenken.	Kenntnisnahme.	
terraneis bw GmbH, Stuttgart	11.12.2020	Keine Anlagen im Geltungsbereich. Weitere Beteiligung am Verfahren nicht notwendig.	Kenntnisnahme.	
Zweckverband Landeswasserversorgung, Stuttgart	15.12.2020	Keine Anlagen im Geltungsbereich. Belange sind nicht betroffen.	Kenntnisnahme.	
Vodafone BW GmbH (Unitymedia), Kassel	28.12.2020	Keine Einwände.	Kenntnisnahme.	
LNK-Arbeitskreis HDH und NABU-KV HDH	30.12.2020	Keine Einwände. Begrüßung der sinnhaften Innenraumverdichtung.	Kenntnisnahme.	
GASCADE Gastransport GmbH, Abt. GNL Kassel	06.01.2021	Anlagen sind nicht betroffen.	Kenntnisnahme.	
Regierungspräsidium Stuttgart - Straßenwesen und Verkehr	14.01.2021	Abgabe einer zusammengefassten Stellungnahme des Regierungspräsidiums (Referat 21).	Kenntnisnahme.	

Vorgetragene Anregungen im Rahmen der ersten Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf des Bebauungsplans vom 16.11.2020

Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Anregung	Stellungnahme Vorschlag Verwaltung und Planer	Entscheidung Gemeinderat am 01.03.2021
Regierungspräsidium Freiburg - Geologie, Rohstoffe und Bergbau	19.01.2021	Hinweise zur Übernahme von vorgeschlagenen geotechnischen Hinweisen.	Die geotechnischen Hinweise sind bereits im Schriftlichen Teil unter: III. Nachrichtlich übernommene Hinweise (§ 9 (6) BauGB) Punkt 4 Geotechnik, übernommen worden.	
IHK Ostwürttemberg, Heidenheim	19.01.2021	<p>Bedenken der Stellungnahme vom 25.02.2020 werden nicht ausreichend berücksichtigt. Fraglich ob die geplante Schallschutzmaßnahme genügt. Ausweisung als Mischgebiet geht in die „richtige Richtung“, da Lärmgrenzwerte im Mischgebiet im Vergleich zum Allgemeinen Wohngebiet höher liegen. Es wurde darauf hingewiesen, dass „das Gutachten nicht den tatsächlich von den vorhandenen Gewerbebetrieben ausgehenden Lärm berücksichtigt hat, um die daraus resultierenden Immissionen im Plangebiet zu ermitteln.</p> <p>Es liegt kein überarbeitetes Lärmgutachten vor und es fehlen Hinweise ob die zulässigen Lärmgrenzwerte im nun geplanten Mischgebiet eingehalten werden können.</p> <p>Zusammenfassend ist festzustellen, dass durch ein überarbeitetes Lärmgutachten nachgewiesen werden sollte, dass sämtliche Anlagen der Gewerbebetriebe in der Umgebung im Lärmgutachten berücksichtigt sind. In diesem sollte auch der Nachweis geführt werden, dass die ursprüngliche geplante Lärmschutzwand unter Einhaltung der zulässigen Lärmgrenzwerte für ein Mischgebiet entfallen kann und dass anstelle der 1-geschossigen eine mehrgeschossige Bebauung möglich ist. Wir bitten deshalb um Mitteilung ob es solches überarbeitetes Lärmgutachten gibt und ggf. um Zusendung.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass sich aus der Erfahrung heraus Mischgebiete langfristig tendenziell zu einem faktischen Wohngebiet entwickeln können. Insofern könnte es auch Sinn machen, anstelle des gepl. Mischgebiets ein geschränktes Gewerbegebiet auszuweisen.</p>	<p>Nach nochmaliger Abschätzung des Sachverhalts durch das Landratsamt Heidenheim, GB Gewerbeaufsicht, mit Schreiben vom 17.02.2021 wurde festgestellt, dass es aus immissionschutzrechtlicher Sicht weiterhin keinen Grund zu Bedenken gibt hinsichtlich der Gebietsausweisung als Mischgebiet. Durch die schon seit der ersten Entwicklung des Gebiets bestehende Wohnnutzung im Umgebungsbereich ergibt sich durch die Ausweisung eines Mischgebiets keine geänderte Situation gegenüber dem Bestand. Für die Ausweisung des Mischgebiets ist aus Sicht des Landratsamts Heidenheim kein Lärmschutzgutachten erforderlich. Das Landratsamt empfiehlt der Firma Riffel die derzeitige Lärmsituation im Bestand durch einen Lärmgutachter prüfen zu lassen im Hinblick auf Optimierungen bzw. Erweiterungen oder Umgestaltungen der Firmenabläufe. Eine Mischnutzung des Gebiets ist bereits durch konkrete Anfragen von nicht störenden, im Mischgebiet zulässigen, Gewerbebetrieben gewährt. An der Ausweisung als Mischgebiet wird weiterhin festgehalten.</p>	

Vorgetragene Anregungen im Rahmen der ersten Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf des Bebauungsplans vom 16.11.2020

Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Anregung	Stellungnahme Vorschlag Verwaltung und Planer	Entscheidung Gemeinderat am 01.03.2021
Handwerkskammer Ulm	20.01.2021	<p>Stellungnahme vom 19.02.2020 wird aufrechterhalten. Es bestehen weiterhin erhebliche Zweifel, dass die im Rahmen der vorliegenden Planung vorgesehene Wohnnutzung mit dem bestehenden Gewerbebetrieb der Firma Riffel in Einklang zu bringen ist.</p> <p>Aus den übermittelten Planungsunterlagen kann nicht entnommen werden, dass die vorgebrachten Bedenken, insbesondere gegen die Feststellungen des Lärm-schutzgutachtens des Ing-Büros Loos & Partner bei der weiteren Planung Berücksichtigung gefunden haben. Zentraler Kritikpunkt war, dass bei den gutachterlichen Feststellungen die wesentlichen tatsächlichen und rechtlichen Vorgaben nicht einbezogen wurden und daher das Ergebnis des Gutachtens nicht als Grundlage weiterer Planungen geeignet ist. Derzeit ist auch nicht zu erkennen, dass diesbezüglich Nachbesserungen erfolgt wären.</p> <p>In der Sachverhaltsschilderung der aktuellen Planung wird vielmehr lediglich wie folgt vorgetragen:</p> <p>Im Zuge des ersten Beteiligungsverfahrens zum Wohngebiet „Eisbühl/Zwinkelweg“ gingen mehrere Stellungnahmen ein, die Bedenken wegen Lärm aus dem angrenzenden Gewerbegebiet vorbrachten. Es wurde nun der Kompromiss gefasst, anstelle eines Allgemeinen Wohngebiets ein Mischgebiet auszuweisen. Dadurch liegen die zulässigen Lärmwerte höher. Auf die Einschränkungen mit einer eingeschossigen Bebauung im Norden und der ursprünglich geplanten Lärmschutzwand im Norden kann dadurch verzichtet werden.</p> <p>Für die immissionsrechtliche Zulässigkeit der abgeänderten Planung sind jedoch keinerlei belastbare Überprüfungen vorgetragen. Gegenteilig wird vielmehr auf die vorgesehene Lärmschutzwand verzichtet und eine</p>	<p>Nach nochmaliger Abschätzung des Sachverhalts durch das Landratsamt Heidenheim, GB Gewerbeaufsicht, mit Schreiben vom 17.02.2021 wurde festgestellt, dass es aus immissions-schutzrechtlicher Sicht weiterhin keinen Grund zu Bedenken gibt hinsichtlich der Gebietsausweisung als Mischgebiet. Durch die schon seit der ersten Entwicklung des Gebiets bestehende Wohnnutzung im Umgebungsbereich ergibt sich durch die Ausweisung eines Mischgebiets keine geänderte Situation gegenüber dem Bestand. Für die Ausweisung des Mischgebiets ist aus Sicht des Landratsamts Heidenheim kein Lärmschutzgutachten erforderlich. Das Landratsamt empfiehlt der Firma Riffel die derzeitige Lärmsituation im Bestand durch einen Lärmgutachter prüfen zu lassen im Hinblick auf Optimierungen bzw. Erweiterungen oder Umgestaltungen der Firmenabläufe. Eine Mischnutzung des Gebiets ist bereits durch konkrete Anfragen von nicht störenden, im Mischgebiet zulässigen, Gewerbebetrieben gewährt. An der Ausweisung als Mischgebiet wird weiterhin festgehalten.</p>	

Vorgetragene Anregungen im Rahmen der ersten Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf des Bebauungsplans vom 16.11.2020

Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Anregung	Stellungnahme Vorschlag Verwaltung und Planer	Entscheidung Gemeinderat am 01.03.2021
		<p>mehrgeschossige Wohnbebauung zugelassen. Es wird ausdrücklich in Zweifel gestellt, dass dies unter Einhaltung der auch für ein Mischgebiet zulässigen Immissionsgrenzwerte umgesetzt werden kann.</p> <p>Es wird daher von Seiten der Handwerkskammer Ulm dringend zugeraten, die erforderlichen gutachterlichen Feststellungen einzuholen, in welchen auch die in den verschiedenen Stellungnahmen vorgebrachten Punkte einbezogen werden.</p> <p>Generell wäre zu befürworten, den geplanten Gebietscharakter des Plangebietes gegebenenfalls nochmals zu überdenken.</p>		
<p>Landratsamt Heidenheim</p> <p>- FB Bau, Umweltschutz und Recht</p> <p><u>Gewerbeaufsicht</u></p> <p><u>Bodenschutz</u></p>	20.01.2021	<p>Bei plan- und beschreibungsgemäßer Ausführung des Vorhabens, unter Berücksichtigung der nachfolgenden Nebenbestimmungen und Hinweise, bestehen zum Teil Bedenken.</p> <p>Das Gebiet wurde entsprechend der Ergebnisse der Besprechung vom 18.06.2020 nun als Mischgebiet ausgewiesen. Aus fachtechnischer Sicht des Immissionsschutzes bestehen keine Bedenken.</p> <p>In dem Textteil des Bebauungsplanes sind ergänzend folgenden Nebenbestimmungen gem. § 4 Abs. 1 und 2 Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG) aufzunehmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Zum Schutz des Mutterbodens ist der humose Oberboden von allen zu befestigenden Bau- und Baubetriebsflächen abzutragen und vor Vernichtung oder Vergeudung zu schützen (§ 202 Baugesetzbuch). Die Zwischenlagerung von Oberboden ist auf 2 m Höhe begrenzt. - Auffüllungen mit standortfremdem Boden-/ Recyclingmaterial sind im Vorfeld mit der zuständigen Fachbehörde des Landratsamtes Heidenheim abzustimmen, da innerhalb von Wasserschutzgebieten spezielle Anforderungen gelten. - Geplante Grünflächen oder Anlagen zur gärtnerischen 	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme und Berücksichtigung. Hinweise werden im Schriftlichen Teil aufgenommen.</p>	

Vorgetragene Anregungen im Rahmen der ersten Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf des Bebauungsplans vom 16.11.2020

Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Anregung	Stellungnahme Vorschlag Verwaltung und Planer	Entscheidung Gemeinderat am 01.03.2021
<p><u>Altlasten / Abfall</u></p> <p>- FB Wald- und Naturschutz</p> <p><u>Naturschutz</u></p> <p>- FB Straßenverkehr</p>		<p>Nutzung sind in einer verdichtungsarmen Verfahrensweise zu bearbeiten.</p> <p>Im Bereich des Plangebietes sind dem Fachbereich Bau, Umwelt und Gewerbeaufsicht keine Altablagerungen oder Untergrundverunreinigungen bekannt. Sollten im Zuge von Baumaßnahmen Untergrundverunreinigungen (z. B. Müllrückstände, Verfärbungen des Bodens, auffälliger Geruch oder ähnliches) angetroffen werden, ist nach § 3 Landes-Bodenschutz- und Altlastengesetz das Landratsamt Heidenheim zu verständigen.</p> <p>Gegenüber dem o. g. Vorhaben bestehen keine weitergehenden Bedenken von Seiten der unteren Naturschutzbehörde. Auf die vorhergehende Stellungnahme zum Bebauungsplan vom 18.02.2020 wird verwiesen. Die dort aufgeführten Auflagen und Hinweise sind zu berücksichtigen.</p> <p>Weitere Bedenken gegenüber der FNP-Änderung bestehen nicht.</p> <p>Auflagen der Stellungnahme vom 18.02.2020:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Maßnahmen zur Vermeidung eines artenschutzrechtlichen Verbotstatbestandes nach § 44 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) sind entsprechend den Vorgaben in der Artenschutzrechtlichen Relevanzprüfung vom 18.12.2019 durchzuführen. <p>Hinweise der Stellungnahme vom 18.02.2020:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Begrünung der öffentlichen Grünflächen ist mit autochthonen Arten vorzunehmen. <p>Aus straßenverkehrsrechtlicher Sicht wird in Abstimmung mit dem Polizeipräsidium Ulm zum Bebauungsplan „Eisbühl/Zwinkelweg“, Dischingen, und der Änderung des Flächennutzungsplans wie folgt Stellung genommen:</p>	<p>Kenntnisnahme und Berücksichtigung. Hinweis im Schriftlichen Teil aufgenommen.</p> <p>Kenntnisnahme und Berücksichtigung.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme und Berücksichtigung.</p> <p>Kenntnisnahme und Berücksichtigung.</p>	

Vorgetragene Anregungen im Rahmen der ersten Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf des Bebauungsplans vom 16.11.2020

Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Anregung	Stellungnahme Vorschlag Verwaltung und Planer	Entscheidung Gemeinderat am 01.03.2021
		<p>1. Erschließung und Verkehr: Aus Gründen der Verkehrssicherheit werden gegen die geplante bauliche Herstellung der Fahrbahneinengung unmittelbar gegenüber der Straßeneinmündung Josef-Hoeß-Straße nach wie vor Bedenken erhoben.</p> <p>Die Stelle im Bereich der Verschwenkung wird insbesondere aufgrund des nördlich gelegenen Gewerbegebietes mit seinen diesbezüglichen Bemessungsfahrzeugen und der unmittelbar nach der beabsichtigten Einengung gelegenen Betriebszufahrt als künftig Konflikt behaftet angesehen. Im Rahmen der Planzeichnung wird ein nahezu geradeaus führender Fahrbahnverlauf suggeriert, was jedoch nicht die künftigen zu erwartenden Gegebenheiten widerspiegelt. Die auf dem Zwinkelweg geradeaus Fahrenden, auch mit Fahrzeugen des Schwerverkehrs aus dem bzw. in das Gewerbegebiet, müssten an der Fahrbahneinengung stets im Einmündungsbereich „verschwenken“ und den Einmündungstrichter gegebenenfalls mitnutzen, was zu Konflikten mit gleichzeitig von dort Einbiegenden führen könnte. Unabhängig davon ist zu erwarten, dass auch die Verkehrssicherheit von möglicherweise im Bereich der Einmündung die Josef-Hoeß-Straße überquerenden Fußgänger gefährdet wird.</p> <p>Sollte die Gemeinde aufgrund ihres planerischen Willens an der dargestellten Einbuchtung gegenüber der Straßeneinmündung der Josef-Hoeß-Straße in den Zwinkelweg festhalten wollen, sollte die Fahrbahnbreite unter Berücksichtigung des dort zu erwartenden Schwerverkehrs insgesamt so hinreichend bemessen werden, dass aus der Josef-Hoeß-Straße ausfahrende Verkehrsteilnehmer nicht mit auf dem Zwinkelweg fahrenden Verkehrsteilnehmern in Konflikt geraten können. Das bedeutet, dass die Fahrbahnbreite so breit hergestellt werden sollte, dass die auf dem Zwinkelweg fahrenden Verkehrsteilnehmer – unter Berücksichtigung der Einhal-</p>	Auf die Herstellung der Fahrbahneinengung wird verzichtet.	

Vorgetragene Anregungen im Rahmen der ersten Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf des Bebauungsplans vom 16.11.2020

Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Anregung	Stellungnahme Vorschlag Verwaltung und Planer	Entscheidung Gemeinderat am 01.03.2021
		<p>tung der Schleppradien der Bemessungsfahrzeuge – in keinem Fall auf die linke Fahrbahnseite oder die Fahrspuren des Einmündungstrichters ausweichen müssen, um an der Fahrbahneinengung vorbeizufahren. Insofern sollten gegebenenfalls im Zwinkelweg zwei hinreichend breite Fahrspuren erstellt werden.</p> <p>Die unmittelbar an die dargestellte Einengung anschließende Grundstückszufahrt muss aus beiden Fahrtrichtungen des Zwinkelwegs mit den zu berücksichtigenden Bemessungsfahrzeugen ohne jegliche Beeinträchtigung nutzbar bleiben.</p> <p>Außerdem sollte die Fußgängerführung im Einmündungsbereich aus Gründen der Verkehrssicherheit so geplant werden, dass eine Beeinträchtigung der zu Fuß Gehenden aufgrund der „verschwenkten“ Fahrbahn nicht zu befürchten ist.</p> <p>2. Sichtfelder: Es ist sicherzustellen, dass die nach den aktuellen Richtlinien derzeit erforderlichen Sichtfelder an den im Plangebiet bestehenden bzw. vorgesehenen Straßeneinmündungen in den Zwinkelweg von jeglicher Beeinträchtigung, auch Bepflanzung, freigehalten werden.</p> <p>Nach Ziff. 6.3.9.3 der Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen (RASt 06) müssen an Knotenpunkten für wartepflichtige Kraftfahrer, Radfahrer und Fußgänger Mindestsichtfelder zwischen 0,80 m und 2,50 m Höhe von ständigen Sichtbehinderungen, geparkten Fahrzeugen und sichtbehinderndem Bewuchs freigehalten werden.</p> <p>Bei einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h beträgt das Mindestsichtfeld, gemessen in einem Abstand von 3 m zum Fahrbahnrand der übergeordneten Straße, 70 m.</p>	<p>Die Sichtfelder in den Einmündungsbereichen werden im Zeichnerischen Teil aufgenommen.</p>	

Vorgetragene Anregungen im Rahmen der ersten Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf des Bebauungsplans vom 16.11.2020

Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Anregung	Stellungnahme Vorschlag Verwaltung und Planer	Entscheidung Gemeinderat am 01.03.2021
Regierungspräsidium Stuttgart - Wirtschaft und Infrastruktur	20.01.2021	<p><u>Raumordnung</u> Aus raumordnerischen Sicht bestehen weiterhin keine Bedenken gegen die Planung</p> <p><u>Umwelt</u> Auch ein Mischgebiet (MI) im Sinne des § 50 Satz 1 BImSchG i.V.m. Ziffer 2.1.2 der KAS 18 ein schutzbedürftiges Objekt darstellt. Deshalb wurde unsere Stellungnahme vom 21.02.2020 nur hinsichtlich der Ausweisung eines Mischgebiet anstelle eines allgemeinen Wohngebietes geändert.</p> <p>Mit der Aufstellung des Bebauungsplans sollen die planrechtlichen Voraussetzungen für die Bebauung des Gebietes als Mischgebiet geschaffen werden, welches unserer Auffassung nach ein Schutzobjekt (ausschließlich oder überwiegend dem Wohnen dienendes Gebiet) im Sinne des § 3 Abs. 5d BImSchG darstellt.</p> <p>Das geplante Mischgebiet liegt im Konsultationsabstand der Firma Varta Consumer Batteries, welche einen Betriebsbereich nach § 3 Abs. 5a BImSchG darstellt. Nach Ziffer 2.3 des Leitfadens der Kommission für Anlagensicherheit KAS-18, ist in diesem Fall i.S. von § 3 Abs. 5c BImSchG zu prüfen, ob sich das geplante Mischgebiet auch im angemessenen Sicherheitsabstand dieses Betriebsbereichs befindet.</p> <p>Da momentan aufgrund unserer Stellungnahmen vom 08.06.2018 und 05.02.2019 mit gleicher Problemstellung für den Bebauungsplan „Aschenfeld“ der angemessene Sicherheitsabstand zum Betriebsbereich der Fa. Varta durch einen § 29b BImSchG Sachverständigen des TÜV Süd bestimmt wird, empfehlen wir diese Betrachtung auch auf den Bebauungsplan „Eisbühl“ zu erweitern.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Das Gutachten zum Abstand nach KAS-18 zur Ausweisung eines Wohngebiets „Eisbühl/Zwinkelweg“ wird als Anlage zur Begründung beigelegt. Dem Gutachten ist zu entnehmen, dass sich keine Einschränkungen ergeben, die sich aus einem Sicherheits- / Achtungsabstand ableiten lassen. Aufgrund möglicher Auswirkungen ist nur das Schutzgut Boden / Grundwasser bzw. Gewässer möglicherweise betroffen für das durch die Form der Einwirkung kein Sicherheits- bzw. Achtungsabstand definiert werden kann.</p>	
Deutsche Telekom Technik GmbH, Ulm	21.01.2021	Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom. Der Bestand und der Betrieb der vorhan-		

Vorgetragene Anregungen im Rahmen der ersten Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf des Bebauungsplans vom 16.11.2020

Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Anregung	Stellungnahme Vorschlag Verwaltung und Planer	Entscheidung Gemeinderat am 01.03.2021
		<p>denen TK-Linien müssen weiterhin gewährleistet bleiben.</p> <p>In Punkt 2.5 der örtlichen Bauvorschriften des Bebauungsplanes sowie unter Punkt 4.1.2 der Begründung zum Bebauungsplan wird die unterirdische Verlegung von Telekommunikationslinien (TK-Linien) gefordert. Dieser Forderung widersprechen wir mit folgender Begründung:</p> <p>Regelungen zur Zulassung der oberirdischen Ausführung von TK-Linien sind in § 68 Absatz 3 Sätze 2 und 3 TKG abschließend enthalten. Die Kriterien zur Art und Weise der Trassenführung von TK-Linien sind damit bundesgesetzlich geregelt.</p> <p>Zwar kann gemäß § 9 Absatz 1 Nr.13 BauGB im Bebauungsplan die Führung von oberirdischen oder unterirdischen Versorgungsanlagen und -leitungen aus städtebaulichen Gründen festgelegt werden, jedoch ist nicht davon auszugehen, dass der Bundesgesetzgeber im Juni 2004 eine sehr ausgefeilte Kompromisslösung zur oberirdischen Verlegung von TK-Linien in § 68 Abs. 3 TKG aufnimmt, um sie einen Monat später im Juli 2004 wieder massiv durch § 9 Absatz 1 Nr.13 BauGB zu modifizieren bzw. einzuschränken.</p> <p>Sollte es bei dem Verbot von oberirdisch geführten TK-Linien im Bebauungsplan bleiben, behalten wir uns eine Prüfung im Rahmen eines Normenkontrollverfahrens vor dem zuständigen Obergericht vor.</p> <p>Für den rechtzeitigen Ausbau des Telekommunikationsnetzes sowie die Koordinierung mit dem Straßenbau und den Baumaßnahmen der anderen Leitungsträger ist es notwendig, dass Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen im Bebauungsplangebiet der Deutschen Telekom Technik GmbH unter dem im Briefkopf genannten Adresse oder unter der E-Mailadresse T-NL-</p>		

Vorgetragene Anregungen im Rahmen der ersten Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf des Bebauungsplans vom 16.11.2020

Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Anregung	Stellungnahme Vorschlag Verwaltung und Planer	Entscheidung Gemeinderat am 01.03.2021
		<p>Suedwest-PTI-22-Neubaugebiete@telekom.de so früh wie möglich, mindestens sechs Monate vor Baubeginn, schriftlich angezeigt werden.</p> <p>Diese Stellungnahme gilt sinngemäß auch für die Änderung des Flächennutzungsplanes.</p>		
Regionalverband Ostwürttemberg, Schwäbisch Gmünd	21.12.2020	Keine regionalplanerischen Anmerkungen oder Bedenken.	Kenntnisnahme.	
Abwasserzweckverband Härtsfeld, Neresheim	20.01.2021	Keine Bedenken.	Kenntnisnahme.	
Regierungspräsidium Stuttgart - Straßenwesen und Verkehr	20.01.2021	<p>Der Änderung des Flächennutzungsplans und der Aufstellung des o.g. Bebauungsplans kann zugestimmt werden, wenn die Auflagen unserer Stellungnahme zur frühzeitigen Anhörung des Bebauungsplans vom 11.02.2020 (Az.: 47.2-2511-2/3- L 1181 Dischingen Zwinkelweg Eisbühl/ 272.20) weiterhin berücksichtigt werden:</p> <p>Das Plangebiet soll über eine Gemeindestraße an die L 1181 innerhalb der Orts-durchfahrtsgrenze angeschlossen werden.</p> <p>Durch den Bau der geplanten Änderungen und Erweiterungen wird sich das Verkehrsaufkommen in den Knotenpunkt L 1181/ Zwinkelweg erhöhen. Das Regierungspräsidium Stuttgart, Baureferat Ost, geht davon aus, dass die Leistungsfähigkeit des Knotenpunkts weiterhin gewährleistet wird.</p>	Kenntnisnahme.	
Vermögen und Bau Baden Württemberg, Schwäbisch Gmünd	22.01.2021	Keine Bedenken.	Kenntnisnahme.	

Vorgetragene Anregungen im Rahmen der ersten Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf des Bebauungsplans vom 16.11.2020

Keine eingegangenen Stellungnahmen von:

- EnBW ODR, Ellwangen
- Netzgesellschaft Ostwürttemberg GmbH, Ellwangen
- Telefonica Germany GmbH & Co. OHG, München
- Blauwald GmbH & Co. KG, Heidenheim-Nietheim
- Regierungspräsidium Tübingen, Landesbetrieb Forst Baden Württemberg
- Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Baden Württemberg (LGL), Referat 52 Topografie, Dienststelle Karlsruhe
- Gemeindeverwaltung Nattheim
- Stadtverwaltung Neresheim
- Verwaltungsgemeinschaft Ries
- Verwaltungsgemeinschaft Syrgenstein

Beteiligung der Öffentlichkeit	Stellungnahme vom	Anregung	Stellungnahme Vorschlag Verwaltung und Planer	Entscheidung Gemeinderat am 01.03.2021
Fa. Hans Riffel GmbH & Co. KG und Fa. Riffel Bau & Fertigteile GmbH	22.0.2021	Bedenken bezüglich der Ausweisung eines Mischgebiets. Siehe beiliegende Stellungnahme.	Nach nochmaliger Abschätzung des Sachverhalts durch das Landratsamt Heidenheim, GB Gewerbeaufsicht, mit Schreiben vom 17.02.2021 wurde festgestellt, dass es aus immissionsschutzrechtlicher Sicht weiterhin keinen Grund zu Bedenken gibt hinsichtlich der Gebietsausweisung als Mischgebiet. Durch die schon seit der ersten Entwicklung des Gebiets bestehende Wohnnutzung im Umgebungsbereich ergibt sich durch die Ausweisung eines Mischgebiets keine geänderte Situation gegenüber dem Bestand. Für die Ausweisung des Mischgebiets ist aus Sicht des Landratsamts Heidenheim kein Lärmschutzgutachten erforderlich. Das Landratsamt empfiehlt der Firma Riffel die derzeitige Lärmsituation im Bestand durch einen Lärmgutachter prüfen zu lassen im Hinblick auf Optimierungen bzw. Erweiterungen oder Umgestaltungen der Firmenabläufe. Eine Mischnutzung des Gebiets ist bereits durch konkrete Anfragen von nicht störenden, im Mischgebiet zulässigen, Gewerbebetrieben gewährt. An der Ausweisung als Mischgebiet wird weiterhin festgehalten.	